

„Mehr Transparenz für Abgeordnete und Bürger“

André Hahn, der neue Chef des Kontrollgremiums der Nachrichtendienste, strebt öffentliche Befragungen an

Die Linke möchte eine stärkere Kontrolle der Geheimdienste durch die Abgeordneten. Auch dafür will sich André Hahn, seit 2013 Bundestagsabgeordneter der Linken, in seiner neuen Funktion als Chef des Parlamentarischen Kontrollgremiums einsetzen.

Herr Hahn, Sie sind der erste Linke, der den Vorsitz im Parlamentarischen Kontrollgremium übernimmt. Werden Sie jetzt eine Art Edward Snowden des Bundestags?

Darum geht es nicht. Ich muss mich auch als Vorsitzender an die geltenden Gesetze und Geheimhaltungsvorschriften halten. Allerdings wünsche ich mir grundsätzlich mehr Transparenz. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass das Parlament die Chefs der Nachrichtendienste ein- oder zweimal im Jahr öffentlich befragen kann – wie in den USA. Die Bürger würden dann erfahren, mit welchen Themen sich die Dienste befassen und dass die Abgeordneten tatsächlich kontrollieren. Dafür müssten Gesetze geändert werden. Hier haben wir als Linke klare Vorstellungen.

Und die wollen Sie in den Bundestag einbringen?

Wir hegen ja grundsätzliche Zweifel an der Notwendigkeit von Geheimdiensten. Aber wir sind auch Realisten und wissen, dass es dafür keine Mehrheiten gibt. Deshalb versuchen wir, wenigstens die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umzusetzen und die Rechte des Parlamentarischen Kontrollgremiums zu stärken. Hier braucht es ebenso gesetzliche Korrekturen wie beim BND-Gesetz, weil bestimmte Aktivitäten des BND offenbar keine Rechtsgrundlage haben, wie hochrangige Verfassungsrechtler feststellten. Und es ist doch ein absurder Vorgang, dass Teile der Linken immer noch vom Verfassungsschutz beobachtet werden, während der Verfassungsschutz andererseits nicht mal ansatzweise in der Lage ist, verbrecherische Strukturen wie den Nationalsozialistischen Untergrund auf-

zuklären. Damit stellt er seine Existenzberechtigung selbst infrage.

Was sollte in dem neuen BND-Gesetz drinstehen?

Es gibt zum Beispiel keine rechtliche Grundlage für das Abschöpfen von Satelliten oder das Abhören eigentlich geschützter deutscher Bürger im Ausland. Hier erfand der BND dann die sogenannte Funktionsträger-Theorie. Es gibt da eine ganze Reihe von Ungereimtheiten. Sie gehören eher zu den Reformern in der Linken. Die Radikalen in Ihrer Partei erwarten aber wohl, dass Sie den Vorsitz dazu nutzen, um schon jetzt an der Demontage der Geheimdienste zu arbeiten.

Ich arbeite nicht an der Demontage der Geheimdienste, sondern an der Verbesserung ihrer Kontrolle. Im Übrigen wissen alle Mitglieder der Linken, wie die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und damit auch im PKGr sind. Wir streiten gleichwohl für gesetzliche Änderungen. Sie haben eingangs Edward Snowden angesprochen. Ein deutscher Whistleblower, der Missstände aufdecken will, darf sich derzeit zwar an das PKGr oder einzelne Mitglieder wenden; allerdings muss er zugleich seinen Vorgesetzten informieren. Da brauchen wir nicht darüber zu reden, wie oft das passiert. Man sollte also den Nachsatz streichen.

Was wollen Sie noch tun?

Ein PKGr-Mitglied darf nicht mal seinen Fraktionsvorsitzenden über einen brisanten Vorgang in Kenntnis setzen. Das muss sich ändern, denn ich bin doch nicht als Privatperson in diesem Gremium, sondern für meine Fraktion. Nach dem NSU-Skandal muss zudem endlich die V-Leute-Praxis überprüft werden. Die neue Regierung in Thüringen hat ja hier erste Konsequenzen gezogen. Und auch wenn wir als Linke Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnen, müssen wir darüber reden, wie der Schutz deutscher Soldaten oder von Entführungsoffern im Ausland und der Schutz vor Terroranschlägen gewährleistet werden kann.

Sie sitzen auch im NSA-Untersuchungsausschuss, wo die Arbeit

nicht so recht vorankommt, auch weil der Kronzeuge Edward Snowden nicht gehört werden kann, Akten gar nicht oder geschwärzt eintreffen und BND-Mitarbeiter mauern. Wie lässt sich denn verhindern, dass die Aufklärung vollkommen versackt?

Die Blockade durch die Bundesregierung ist völlig inakzeptabel. Dass die Aufklärung aber völlig versackt, glaube ich nicht mehr – auch wenn ich mit manchem unzufrieden bin. So wissen wir schon jetzt, dass massenhaft Daten abgeschöpft, Leitungen angezapft und Grundrechte verletzt wurden. Auch sind die dafür politisch Verantwortlichen bislang gar nicht gehört worden. Es wird also noch sehr interessante Sitzungen geben.

Sind Sie eigentlich sicher, dass Sie nicht selbst aufgeklärt, sprich: abgehört werden?

Das kann ich nicht beurteilen – auch wenn es durchaus einige Anhaltspunkte gibt, über die ich hier jetzt nicht sprechen möchte. Im Übrigen bin ich nicht der oberste Aufklärer, sondern der neue Vorsitzende des Kontrollgremiums. Allerdings ist es schon etwas Besonderes, dass das erstmals ein Linker macht. *Wenn Sie von gewissen Anhaltspunkten sprechen: Treffen Sie Vorkehrungen dagegen? Führen Sie gewisse Gespräche nur noch im Wald?*

Im Wald vielleicht nicht. Aber man überlegt sich schon, welche Dinge man am Telefon sagt und welche nicht. Das ist leider so. *Das Gespräch führte Markus Decker.*

ZUR PERSON

Der Politiker André Hahn sitzt seit 2013 für die Linke im Deutschen Bundestag. Der 51-jährige Lehrer und Politikwissenschaftler war ab 1991 erst Mitarbeiter der Linken Liste/PDS im Sächsischen Landtag, ab 2007 bis Juli 2012 Vorsitzender der Fraktion. Hahn ist Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums zur Kontrolle der Nachrichtendienste (PKGr).